



Auf dem Foto: Roland Scharp, Maritta Böttcher, Prof. Dr. Rüdiger Prasse, Monika Nestler, Heike Kühne, Peter Dunkel, Dr. Irene Pacholik, Carsten Preuß und Anke Scholz (v. l. n. r.; Auf dem Foto fehlt Felix Thier.)

BERATUNGEN ZUM HAUSHALTSPLAN 2020 LAUFEN AUF HOCHTOUREN

In den letzten Wochen und noch bis zur kommenden Kreistagssitzung diskutieren die Abgeordneten den Kreishaushalt 2020. Insgesamt hat er ein Volumen von über 306 Millionen Euro.

Ziel bei der Haushaltsaufstellung waren ein ausgeglichener Haushalt und gleichzeitig eine Kreisumlage-senkung um zwei Prozent. Letzteres bedeutet eine Mindereinnahme für den Kreis von 5,4 Millionen Euro. Mit der neuerlichen Senkung der Kreisumlage konnte diese in den vergangenen Jahren bereits um insgesamt fünf Prozentpunkte gesenkt werden, obwohl sich der Landkreis Teltow-Fläming bis zum Jahr 2016 in der Haushaltssicherung befand. Die Überprüfung des Anteils an freiwilligen Leistungen hat für den Landkreis für 2020 einen Anteil von 1,55 Prozent ergeben. Damit liegt dieser Anteil weit unterhalb des angestrebten Mindestwertes von drei Prozent. Allerdings ist damit auch der Gestaltungsspielraum für eine gezielte Kreisentwicklung äußerst gering.

Zudem erhält der Landkreis auf Grund seiner guten Situation auch

3,5 Millionen Euro weniger Schlüsselzuweisungen vom Land. Damit kann er seinen gesamten Finanzbedarf nicht decken. Der Haushaltsausgleich kann nur durch die Inanspruchnahme von Ersatzdeckungsmitteln erreicht werden. Der bestätigte Jahresabschluss 2014 erbrachte einen Überschuss von 1.288.000 Euro. Von diesem Überschuss werden etwas über 900.000 Euro zum Haushaltsausgleich benötigt.

Die Verwendung des Jahresüberschusses aus 2014 war ein vieldiskutierter Punkt bei den Haushaltsberatungen. Hier gab es zum einen die Idee, mit diesen Mitteln ein Kreisentwicklungsbudget aufzulegen, das für Projekte der Städte und Kommunen zur Verfügung gestellt wird. Insbesondere sollten davon finanzschwache Kommunen profitieren. Zudem gab es von Seiten der Bürgermeister den Vorschlag, diese Mittel zu nutzen, um die Kreisumlage um nochmals um 0,5 Prozent zu senken.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (HFA) hat dafür plädiert, einem Antrag unserer Fraktion zu folgen, der

ein Kreisentwicklungsbudget für 2021 vorsieht. Damit kann 2020 auch der Haushaltsausgleich gewährleistet werden. Stark in der Diskussion stand auch der Radweg entlang der L 73. Unser Antrag zum Kreisentwicklungsbudget sieht dafür vor, dass dieser Radweg prioritär im Kreisentwicklungsbudget 2021 behandelt und hierfür eine Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2020 für 2021 verankert wird. Zu zwei weiteren Anträgen unserer Fraktion hat der HFA ebenfalls ein positives Votum abgegeben. Es handelt sich um einen liniengebundenen Rufbus in Baruth/Mark. Hierbei geht es um die verbesserte Anbindung des Gewerbe- und Industriegebietes in Baruth/M., des Museumsdorfes Glashütte, des Wildparkes Johannesmühle und des Bahnhofes Klasdorf. Der zweite Antrag soll 2021 wirksam werden. Dabei geht es um die Neuanschaffung eines Bücher- und Bürgerbusses. Mittlerweile ist das derzeitige Fahrzeug 22 Jahre alt und daher soll ein neues Fahrzeug angeschafft werden. Unabhängig von den Änderungsanträgen sind im Haushaltsplan

2020 bereits zahlreiche Projekte verankert. Schwerpunkte sind Schulträgeraufgaben und der ÖPNV. Zu den Investitionen zählen u. a. am Gymnasium Ludwigsfelde die Sanierung des Dachgeschosses und der Einbau einer Cafeteria/Aula. Im Oberstufenzentrum Ludwigsfelde ist der Neubau einer Schulsporthalle vorgesehen.

Der Landkreis Teltow-Fläming nimmt an der Breitbandinitiative des Bundes teil. Hierfür gab es auch eine Änderung am Stellenplan: IT-Techniker sollen 2020 helfen, das millionenschwere Förderprogramm zur Digitalisierung der Schulen umzusetzen.

Daneben soll die Fläming-Skate saniert werden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf ca. 5,4 Millionen Euro. Hierfür erhält der Landkreis eine Förderung in Höhe von 90 Prozent. Für den Öffentlichen Personennahverkehr werden Aufwendungen von insgesamt 9,2 Millionen Euro im Haushalt bereitgestellt. Das sind im Vergleich zum Vorjahr 0,9 Millionen Euro mehr.

Der Haushaltsplan offenbart aber auch Probleme. Die Haushaltsabschlüsse 2015, 2016 und 2017 sind zwar noch nicht durch den Kreistag bestätigt, zeigen aber bereits jetzt, dass große Überschüsse zu erwarten sind. Das wäre eigentlich noch kein Problem. Eine Ursache dafür ist jedoch, dass 70 Stellen in der Kreisverwaltung derzeit unbesetzt sind. Das kann bedeuten, dass etwa nicht alle Investitionen wie geplant getätigt werden, Anträge nicht schnell genug bearbeitet oder Kontrollen reduziert werden. Insbesondere im Sozialamt, Jugendamt und in der Unteren Bauaufsichtsbehörde kam es durch Fallzahlensteigerungen in den letzten Jahren zu einem Aufgabenzuwachs und zur Arbeitsverdichtung.

Um die unbesetzten Stellen besetzen zu können, muss der Landkreis als Arbeitgeber noch attraktiver werden. Hierzu gehört neben einer ordentlichen Bezahlung auch endlich die Einführung von Homeoffice um zeitweise das Arbeiten von zu Hause aus zu ermöglichen.

Carsten Preuß, Zossen

VERBINDLICHE KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNG

■ Kommunalverfassung geändert – Kommunen müssen handeln



Bereits im Juni 2018 verabschiedete die damalige Rot-Rote-Landesregierung die Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburgs (BbgKVerf). Unter anderem wurde der § 18a BbgKVerf

eingefügt. Mit diesem soll die Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen gestärkt werden. Gemäß § 18a BbgKVerf sichert die Gemeinde (und auch die Landkreise) den Kindern und Jugendlichen Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte in allen sie berührenden Gemeindeangelegenheiten zu. Diese Rechte gehen über die »normalen« Beteiligungsrechte der Einwohner (§ 13 BbgKVerf) hinaus, da hier eindeutig die Mitwirkung benannt wird. Auch die Formulierung »in allen sie berührenden Gemeindeangelegenheiten« wiegt hier wesentlich schwerer als die in § 13 BbgKVerf (»in wichtigen

Gemeindeangelegenheiten«). Natürlich lässt § 18a hier Spielraum für Interpretation. Wann sind die Interessen von Kindern und Jugendlichen »berührt«? Beim Straßenbau? Im ersten Moment möge man denken, nein. Aber was wenn es ein Schulweg ist, den Schüler*innen täglich mit dem Fahrrad zurücklegen? Wie sind Kinder und Jugendliche zu beteiligen? Ist ein Jugendbeirat ausreichend? Im Normalfall schließen diese Beiräte die Belange der Kinder (Altersgruppe von 0 bis unter 14 Jahren) aus, da ein Mindestalter von 14 Jahren festgesetzt wird. Oder könnte man die Beteiligung

nicht auch über themenbezogene Workshops in Wohnortnähe der Kinder und Jugendlichen realisieren? Diese würden die eingeschränkte Mobilität von Kindern und Jugendlichen besser berücksichtigen. Der Gesetzgeber lässt den Gemeinden hier freie Hand ein geeignetes und individuell auf die Gemeinde zugeschnittenes Format zu finden. Nun sind die Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen gefragt, die Rechte der Kinder und Jugendlichen in geeigneter Form in ihrer Hauptsatzung zu verankern.

Benjamin Petzold, Jüterbog

■ Man kann es sich auch schwer machen



In der Stadt Ludwigsfelde besteht bisher weder ein Jugendbeirat noch ein Jugendparlament. Es existiert jedoch seit zwei Jahren ein aktives Jugendforum. Hier treffen sich in regelmäßigen Abständen

interessierte Jugendliche mit Stadtverordneten und Verwaltung und besprechen in entspannter Umgebung Vorschläge und Wünsche der Jugendlichen.

Bei dem letzten Jugendforum am 9. November wurde auch das Thema Jugendbeteiligung thematisiert, hier war der klare Wunsch der Teilnehmer, das bisherige Format beizubehalten. Es sollte sich aber der Abstand zwischen den Veranstaltungen verringern und es sollen zwei Jugendsprecher benannt werden, die den Kontakt zwischen Jugendlichen und Verwaltung halten.

Um so irritierter waren die Jugendlichen nun, als drei Tage später die SPD-Fraktion den Änderungsantrag in die Stadtverordnetenversammlung einbrachte, in die Hauptsatzung einen Jugendbeirat – und nur einen Jugendbeirat – festzuschreiben zu lassen.

Das entsprach in keiner Weise dem Willen der Jugendlichen. Hier sollte mal wieder auf besserwisserische Art der Jugend eine Beteiligungsform übergestülpt werden ohne die bestehende, noch zarte Form der Jugendarbeit zu berücksichtigen. Sowohl der Jugendkoordinator des Jugendtreffs als auch weitere

Teilnehmer des Jugendforums – teilweise selber mit SPD-Partei-buch (!) – sprachen in der Einwohnerfragestunde vehement gegen den Antrag.

Wenn das Thema nicht so wichtig wäre, hätte man sich mit dem sprichwörtlichen »Popcorn« zurücklehnen und der Blamage der Ludwigsfelder SPD beiwohnen können. So wurde nun jedoch eine Hauptsatzung beschlossen, welche jeder Form der Beteiligung zulässt. Der SPD-Antrag entschwand zur Beratung in die Ausschüsse.

Silvio Pape, Ludwigsfelde

■ Mehr Partizipation den Kindern und Jugendlichen



Die Rechte von Kindern und Jugendlichen liegen uns als LINKE besonders am Herzen. So hat die Fraktion DIE LINKE im Landtag dazu beigetragen, die Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen im Land Brandenburg zu erweitern; diese finden im § 18a der Branden-

burger Kommunalverfassung ihre Legitimation. Nach der Kommunalwahl im Mai 2019 machten wir uns als Fraktion DIE LINKE/BV in der Stadtverordnetenversammlung von Luckenwalde sofort daran, zum einen die Sichtbarkeit von kinder- und jugendpolitischen Themen zu erhöhen sowie die Umsetzung von Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene zu forcieren.

Ein Antrag unsererseits, den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport (BKS) um das Wort »Jugend« (BJKS) zu ergänzen, fand bedauerlicherweise keine Mehrheit. Hiermit wurde aus unserer Sicht die Chance vertan, einen politischen Anlaufpunkt für Kinder und Jugendliche zu ermög-

lichen. Stattdessen konnte nur die Zuständigkeitsordnung des Ausschusses in einem weiteren Antrag angepasst werden, sodass der BKS nun zukünftig auch für Kinder- und Jugendpolitik mit verantwortlich ist. Warum die Stadtverordneten anderer Fraktionen für die Veränderung der Zuständigkeitsordnung, aber gegen die Umbenennung des Ausschusses waren, bleibt vielen bis heute ein Rätsel.

In nachfolgenden Sitzungen haben wir uns dann tiefgreifend mit der Thematik »Kinder- und Jugendbeteiligung« auf Gemeindeebene befasst. Die Debatten im Ausschuss für BKS und SVV haben allen Beteiligten aufgezeigt, dass ein tragfähiges Konzept nicht im Rahmen der gemeindlichen

Gremien erarbeitet werden kann und auch nicht soll. Weder können wir alle Fragen, welche die Kinder und Jugendlichen unserer Stadt bewegen und auch ihre Interessen betreffen, beantworten, noch ihnen bestimmte Beteiligungsverfahren vorschreiben. Dies kann und sollte nur unter Einschluss von Kindern und Jugendlichen erfolgen.

Welches Veranstaltungsformat am besten dazu geeignet ist, um eine bestmögliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen herauszuarbeiten, ist Gegenstand aktueller Diskussion in der Stadtpolitik. Bis zum Ablauf des 1. Quartals 2020 werden wir als LINKE eine Lösung einfordern.

Martin Zeiler, Luckenwalde

AUSSCHUSSARBEIT

■ Ausschuss für Gesundheit und Soziales



Die 3. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales hat sich am 11.11.2019 mit der Haushaltssatzung 2020 befasst.

Nachdem der Haushaltentwurf 2020 am 21.10.2019 im Kreistag eingebracht wurde, waren die Fachausschüsse aufgefordert, eine Empfehlung für den Kreistag zu geben. Herr Dilling stellte die Planzahlen 2020 für das Sozialamt vor.

Es wurden alle aufgeworfenen Fragen fach- und sachgerecht beantwortet. Zum Beispiel:

1. Frage: Warum werden bei steigenden Fallzahlen die Aufwendungen

bei der Unterbringung von Flüchtlingen reduziert?

Antwort: Beim Unterbringungsmanagement wurde darauf geachtet, dass bei notwendiger Schließung von Einrichtungen zuerst die kostenträchtigen ÜWH geschlossen werden.

2. Frage: Wie errechnen sich die Planungszahlen für die Frauenhäuser?

Antwort: Das Land hat den Zuschuss für die Frauenhäuser erhöht mit der Bedingung, dass auch die Landkreise bzw. die Kommunen ihre Zuschüsse entsprechend erhöhen. Der Teilplan Sozialamt wurde nach umfassender Diskussion einstimmig als Empfehlung zur Beschlussfassung für den Kreistag verabschiedet. Herr Lehmann stellte die HH-Planung 2020 für das Gesundheitsamt vor. Auch für diesen Bereich konnten alle Fragen geklärt werden. Zum Beispiel:

1. Frage: Wo liegen die Gründe für die geringeren Personalaufwendungen?

Antwort: Die Personalaufwendun-

gen werden vom Dezernat I bewirtschaftet. Der Hauptgrund liegt aber in der Nichtbesetzung von ausgeschriebenen Stellen.

Im Kreistag wurde durch den Kämmerer die Vorgehensweise für die Haushaltsaufstellung 2020 erläutert. Die Ist-Zahlen von 2018 wurden insgesamt um fünf Prozent gesteigert, auch für den Personalhaushalt. Im Personalbereich wird kein Stellenaufwuchs geplant, sondern die erforderlichen zusätzlichen Stellen sollen aus Teilzeitresten aggregiert werden. Durch nicht besetzte Stellen als auch durch Teilzeitstellen gab es im Jahr 2018 ein anderes HH-Ist als im Jahr 2019 geplant war. Dies begründet, dass der Ansatz 2020 niedriger ist als der ursprüngliche Ansatz.

2. Frage: Daraus ergibt sich, dass mehr Soll-Stellen als Ist-Stellen vorhanden sind. Es ist mit den zukünftig zu besetzenden Stellen zu planen und diese Personalkosten sind im HH-Plan 2020 zu berücksichtigen. Ist das erfolgt?

Antwort: Für den Gesundheitsbe-

reich ist jede Planstelle geplant. Die aktuelle Situation für die gesamte Kreisverwaltung ist, dass etwa zehn Prozent der Stellen nicht besetzt sind. D. h. vom gesamten Personaletat sind zehn Prozent verfügbar, die im Rahmen der Personalwirtschaft eingesetzt werden können.

Der Teilplan Gesundheitsamt wurde nach ausführlicher Diskussion mehrheitlich, bei einer Gegenstimme als Empfehlung zur Beschlussfassung für den Kreistag verabschiedet.

Die Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2020 wurde einstimmig, bei einer Enthaltung als Empfehlung zur Beschlussfassung für den Kreistag verabschiedet.

Für das Sozialamt sind keine investiven Maßnahmen in der Prioritätenliste enthalten.

Die Maßnahmen des Gesundheitsamtes fanden in der Prioritätenliste Berücksichtigung.

Maritta Böttcher,

Ausschussvorsitzende, Jüterbog

■ Jugendhilfeausschuss

Als an Jahren ältestes anwesendes Mitglied leitete ich die konstituierende Sitzung. Der Jugendhilfeausschuss ist ein beschließender Ausschuss, der sich aus Kreistagsabgeordneten und Vertretern freier Träger zusammensetzt. Deshalb wurde nach der Eröffnung und

Begrüßung erst einmal gewählt. Als Vorsitzende kandidierten Ria von Schrötter (SPD) und ich. Die ersten zwei Wahlgänge endeten beide mit einem Patt. Im dritten entschied das Los für Ria von Schrötter. Danach wurde ich einstimmig zur stellvertretenden Vor-

sitzenden gewählt. Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege bot den Ausschussmitgliedern eine Fortbildung an, um die Arbeit im JHA inhaltlich zu verstärken.

Es stellten sich alle Ausschussmitglieder vor und die Verwaltung erklärte die Struktur des Jugendam-

tes. Es wurde der Unterausschuss Jugendhilfeplanung gebildet, in dem Heike Kühne aus unserer Fraktion mitarbeitet.

Die Haushaltsdebatte findet am 11.12.2019 statt.

Maritta Böttcher, Jüterbog

■ KREISAUSSCHUSS, AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, KULTUR UND SPORT UND AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT



Nach der Kommunalwahl vertrete ich unsere Fraktion wieder im Kreisausschuss und neu im Ausschuss für Bildung, Kultur und

Sport sowie im Ausschuss für Wirtschaft.

Ein wichtiger Schwerpunkt waren in allen Ausschüssen die Prioritätenliste für investive Maßnahmen und der Haushaltsplan 2020 jeweils mit den speziellen Aufgaben für die Ausschüsse. Außerdem gab es einige zusätzliche Anträge zum Haushalt auch von unserer Fraktion, über die wir uns in den Ausschüssen verständigt haben.

Nur dadurch wird es mir möglich, Einzelheiten aus dem Haushalt 2020 für einzelnen Produktbereiche bei einem Gesamtumfang von mehr als 300 Millionen Euro im Finanzhaushalt und etwa zehn Millionen Euro

für Investitionen zu erschließen. Deshalb war es für mich besonders interessant, dass in den Ausschüssen über die Aufgaben, die Struktur und die Verantwortungsbereiche der einzelnen Dezernate der Kreisverwaltung laut Zuständigkeitsordnung sowie deren jeweiligen verantwortlichen Leiter und Produktbereiche informiert wurde. Das sind im Wirtschaftsausschuss z. B. neben der Wirtschaftsförderung auch Tourismus, ÖPNV, Arbeitsmarktpolitik und Beteiligungsmanagement.

In der Septembersitzung des Wirtschaftsausschusses berichtete der Geschäftsführer der SWFG (Struk-

tur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft) Herr Laubinger über den aktuellen Stand der SWFG mbH und zum Biotechnologiepark.

Nach diesem Bericht habe ich mich gefragt, ob es wirklich notwendig ist, die SWFG vollständig abzuwickeln, insbesondere was den Biotechnologiepark als einen wichtigen Standort im Land Brandenburg und die Wohnungsvermietung betrifft. Nach dem Abschluss des Interessenbekundungsverfahrens wird es sicher im Kreistag noch einmal eine Meinungsbildung geben müssen.

Irene Pacholik, Großbeeren

FEIERSTUNDE ZUM TAG DES EHRENAMTES IN TELTOW-FLÄMING

Am 5. Dezember 2019 wurden auch in diesem Jahr Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises für ihr Engagement geehrt. Die Kommunen hatten insgesamt 52 Personen vorgeschlagen, die sich in unterschiedlicher Art und Weise in das gesellschaftliche Leben einbringen.

Landrätin, Kreistagsvorsitzender, Beigeordnete und Abgeordnete würdigten die freiwilligen Helferinnen und Helfer aus dem Landkreis Teltow-Fläming. Auch ich wohnte dieser sehr würdigen Veranstaltung bei, die zum wiederholten Mal unterstützt wurde von: der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam, der Firma Sodexo-Team Casino Luckenwalde, den Azubis und Studierenden der Kreisverwaltung sowie von SaxTwo (Saxophonduo) mit Christina Unnerstall und Matthias Wacker. Landrätin Kornelia Wehlan richtete ihr Wort an die Ehrengäste:

»Um die Bedeutung des Ehrenamts zu unterstreichen, würde ich die Sache gern einmal von der anderen Seite aus betrachten. Was wäre, wenn es kein Ehrenamt gäbe?

■ Wer wäre helfend zur Stelle, wenn es brennt oder ein schlimmer Unfall passiert?

■ Wer würde die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vertreten und wichtige Entscheidungen in den Parlamenten der Region fällen?

■ Wer würde die Kinder und Jugendlichen in den Sportvereinen trainieren, ihnen Kameradschaft und Teamgeist nahebringen?

■ Wer würde sonntags im Wahlbüro sitzen und die demokratische Meinungsfindung unterstützen?

■ Wer würde als Schöffe ehrenamtlich Recht sprechen?

■ Wer würde in Archiven stöbern, Traditionen und Brauchtum bewahren?

■ Wer würde Spendenaktionen für Bedürftige organisieren?

■ Wer würde Neuankömmlinge unterstützen und Ihnen das Leben in der neuen Heimat erleichtern?

■ Wer würde dem kranken Nach-



v. r. n. l. **Kornelia Wehlan**, Landrätin; **Michael Wedel**, Geehrter; **Maritta Böttcher** und **Monika Nestler**, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Kreistag; **Michael Schwuchow**, Bürgermeister Blankenfelde-Mahlow

barn beim Einkaufen helfen oder der einsamen Nachbarin vorlesen?

■ Wer würde ein Dorffest organisieren oder sich um einen Spielplatz kümmern?

■ Wer würde die Arbeitseinsätze leisten und das Ortsbild tatkräftig verschönern?

■ Wer würde mit Senioren Kaffeetrinken oder mit Kindern basteln? Diese Aufzählung ließe sich endlos fortsetzen. Sie zeigt, dass ohne gegenseitige Hilfe und Toleranz weder das gesellschaftliche noch das wirtschaftliche Leben funktionieren würden.

Erich Kästner formulierte einst in seiner lakonisch treffsicheren Art: »Es gibt nichts Gutes, außer man tut es! Den Menschen, die etwas Gutes tun, beziehungsweise dem Guten, das durch ehrenamtliche Tätigkeit entsteht, ist der heutige Tag gewidmet.«

Auch Kreistagsvorsitzender Danny Eichelbaum stellt die große Bedeutung des Ehrenamtes in den Vordergrund:

»Wir wollen das Ehrenamt mit diesem Nachmittag neu in das Bewusstsein rücken. Wir wollen

zeigen, dass es in unserem Landkreis unzählige Menschen gibt, die nicht nur an sich selbst denken. Wir wollen zeigen, dass es in Teltow-Fläming einen riesigen Schatz gibt, auf den wir auch in schwierigen Zeiten bauen können – und das sind Sie, die ehrenamtlich Tätigen.«

Zu den Geehrten gehörte auch unser Parteimitglied, Michael Wedel. In der Laudatio kann u. a. nachgelesen werden: »Er ist in Blankenfelde-Mahlow gut bekannt. Als der ehemalige Berliner Zoo-Gärtner 2008 in den Ruhestand ging, war ihm klar, dass er sich in seinem neuen Wohnumfeld betätigen wollte.

Er bot an, die Gemeinde zu verschönern. Lange hat er das Rondell vor dem Mahlower Bahnhof geschmackvoll gestaltet oder das »Schrankenbeet am Bahnübergang gemeinsam mit der ehemaligen Ortsvorsteherin Regina Bomke hergestellt und bis heute bepflanzt. In politischen Gremien war Michael Wedel als sachkundiger Anwohner in Ausschüssen und im Ortsbeirat Mahlow tätig. Wenn die Feuerwehr feiert, steht Michael Wedel am Grill, und falls im Jugendklub eine Party

angesagt ist, kommt er mit Salaten und einem 17-Liter-Topf Chili con Carne vorbei oder backt Kuchen. In jedem Jahr begrüßt er persönlich am Eingang zum Seebad die Gäste zu »Blankenfelde-Mahlow verzaubert«. Aktiv war er auch, als es darum ging, einen S-Bahn-Zug mit dem Gemeindefarben zu benennen und eine Wanderausstellung zum 25-jährigen Bestehen des S-Bahn-Wiederanschlusses im Jahr 2017 zu gestalten. Seit 2018 ist Michael Wedel Landesvorsitzender des »Deutscher Bahnkunden-Verbands e. V.« (DBV), Länderverband Nordostdeutschland. Dort setzt er sich für die Belange der Fahrgäste im Öffentlichen Personennahverkehr in Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ein.«

Einen herzlichen Glückwunsch nochmals besonders von unserem Kreisvorstand und der Kreistagsfraktion. Bleibe aktiv, dann bleibst du auch gesund!

Es war ein sehr emotionaler Abend, der Mut machte und Kraft zum weiteren Tun gab.

Maritta Böttcher, Jüterbog

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Kreistag Teltow-Fläming · V. i. S. d. P.: Felix Thier · Redaktion: Maritta Böttcher, Felix Thier · Redaktionsschluss: 9.12.2019 · Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 Prozent Recycling · Auflage: 2.000
Dezember 2019, Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.